26. Modell Europa Parlament Deutschland 2025

– Meine europäische Perspektive –

Präsidium:

Marlene Seifert, Liv Riemann & Johannes Zöger

Resolutions-Booklet

Bundesrat

Kofinanziert von der Europäischen Union

Zukunft durch Wandel
Bundesratspräsidentschaft
Saarland 2024/25

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO)

Ausschussvorsitz: Wanda Roloff (Hamburg), Moritz Seeländer (Niedersachsen)

Die Frage nach dem Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den Gefahren in sozialen Medien, insbesondere durch künstliche Intelligenz:

Welche Sanktionsmöglichkeiten hat die Europäische Union gegen Tech-Konzerne, die gegen Vorschriften verstoßen, und auf welcher rechtlichen Grundlage basieren diese?
Welche Standards sollten in der EU für Alterskontrollen auf Social-Media-Plattformen gelten, um eine verlässliche und schwer unumgehbare Überprüfung zu gewährleisten?
Welche Maßnahmen sollten Plattformbetreiber ergreifen, um Jugendliche vor schädlichen Inhalten zu schützen?

Das Modell Europa Parlament,

A. beunruhigt von Manipulation durch
    a. Deep Fakes,
    b. zielgerichtete Werbung,
    c. Verbreitung von
        i. Desinformationen,
        ii. Fehlinformationen,
    d. zunehmende Verbreitung von Extremismus,

B. alarmiert von
    a. Grooming,
    b. Diskriminierung,
    c. Cybermobbing,

C. tief besorgt über
    a. psychische Belastungen,
    b. Alltagsprobleme,
    c. verherrlichende Ansichten,
    d. ausgeprägtes Suchtverhalten
    durch soziale Medien,

D. in Anbetracht der Tatsache, dass KI-Algorithmen die Verbreitung von Falschinformationen fördern,

E. alarmiert von der
    a. begrenzten Verfügbarkeit,

b. mangelnden Bekanntheit,
c. unzureichenden Nutzung

von Informationsangeboten über die Risiken sozialer Medien,

F. tief besorgt über den Einfluss von Gruppendruck im Zusammenhang mit
   a. Pornografie,
   b. Kriminalität,
   c. gesundheitsgefährdenden Trends,

   die durch soziale Medien verbreitet werden,

G. angesichts der leicht umgehbaren Altersverifikation auf Social-Media-Plattformen und dem damit einhergehenden Zugang zu
   a. verstörenden,
   b. pornographischen,
   c. gewaltsamen

   Inhalten,

H. beunruhigt vom großen Einfluss von Einzelpersonen auf weit verbreitete Social-Media-Plattformen und daraus folgend auf die gesellschaftliche und politische Meinung,

1. initiiert
   a. den Ausbau und die Subventionierung von Sicherheits- und Transparenzmaßnahmen wie GIFCT[1],
   b. die Entwicklung eines europäisches Systems zur Erkennung von KI-erstellten Videos;

2. fordert
   a. den Einsatz von
      i. KI-Algorithmen zur Erkennung und Meldung von Straftaten in sozialen Medien,
      ii. klaren Kennzeichnungen KI-generierter Inhalte,
   b. eine Weiterleitung von Straftaten wie
      i. Grooming,
      ii. Diskriminierung,

      direkt an Strafverfolgungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss JURI;
   c. Sanktionen bei unterlassener Weiterleitung von Straftaten;

3. befürwortet eine Regulierung der Algorithmen in Form von
   a. strengeren Regeln für gefährliche Inhalte,
   b. altersgerechten Content-Filtern,
   c. Offenlegung KI-gesteuerter Algorithmen in Bezug auf Inhalte für Minderjährige;

4. fordert
   a. ein Verbot von Algorithmus-Vorschlägen für Kinder unter 13,
   b. gefilterte Algorithmus-Vorschläge für Kinder unter 16, deren Kriterien das Expertengremium EMARC[2] ausgearbeitet;

---

[1] Global Internet Forum to Counter Terrorism

[2] European Media Age Restriction Committee

5. gründet ein Expertengremium EMARC, welches
    a. das Erarbeiten von Kriterien
        i. der altersbeschränkenden Content-Filter,
        ii. für Algorithmen der oben genannten Altersgruppen,
    b. das Kontrollieren der Einhaltung der oben genannten Kriterien

    übernimmt;

6. bekräftigt die Notwendigkeit des Ausbaus und der Förderung
    a. des Verbundes Safer Internet Centren,
    b. der Strategie für ein besseres Internet für Kinder (BIK+),

    um den sicheren Umgang mit den sozialen Medien zu gewährleisten;

7. fördert die Sensibilisierung für die Folgen von Gruppendruck durch
    a. Aufklärung,
    b. das Kennzeichnen,
    c. das Erklären,
    d. das Entfernen in case by case Szenarien

    dieser Inhalte;

8. unterstützt die Entwicklung einer europäischen Applikation für eine
    a. offizielle Altersverifikation,
    b. sichere Datenverarbeitung und -verbreitung,
    c. graduelle Freischaltung von altersgerechten Funktionen und Inhalten;

9. plädiert für ein Verbot der Priorisierung spezifischer Inhalte;

10. schlägt die Nutzung von Bildungsmaterialien zu
    a. sicherem Umgang mit KI,
    b. gesundheitlichen Folgen,
    c. Fake News,
    d. Suchtverhalten,
    e. Cybermobbing

    in Bildungseinrichtungen vor;

11. leitet das Erstellen der Bildungsmaterialien zu den oben genannten Aspekte an CULT weiter;

12. Fordert eine enge Interoperabilität mit Australien im Bezug auf das australische Gesetz „Online Safety Amendment (Social Media Minimum age) Bill 2024" mit dem Ziel des Austausches;

13. Wünscht die Weiterentwicklung des DSA[3] in Bezug auf
    a. Pornographie,
    b. Kriminalität,
    c. gesundheitsgefährdende Trends,

    um Kinder und Jugendliche in den sozialen Medien zu schützen;

[3] Digital Services Act

14. verkündet feierlich die Einrichtung des Fonds TikTok[4], welcher alle oben genannten Punkte finanziert;

15. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.

[4] Transparente Investitionen für Künstliche-Intelligenz- und Online-Kontrolle

Modell Europa Parlament
Berlin; 09. März - 14. März 2025

Ausschuss für internationalen Handel (INTA)
Ausschussvorsitz: Valentin Schröter (Hessen), Sophie Badenhop (Schleswig-Holstein)

Die Frage nach dem Umgang mit den aktuellen wirtschaftlichen Spannung zwischen EU und USA:

Wie soll die EU auf den veränderten politischen Kurs der USA in Hinblick auf die Wirtschaft reagieren?
Wie können zukünftige Handelsbedingungen zu den USA aussehen?
Inwiefern sind Handelsabkommen mit weiteren Staaten sinnvoll?
Wie kann die EU ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten?

Das Modell Europa Parlament,

A. Alarmiert von der Untergrabung des gemeinsamen Wertekompass' in Art.2 EUV[1] durch US-Präsident Donald Trump,
B. Besorgt über die Funktionalität der WTO[2],
C. In Kenntnis von vergleichsweise geringer Standortattraktivität im EU-Durchschnitt verbunden mit einem hohen
    a. Kostenaufwand
    b. Bürokratieaufwand,
D. Beunruhigt über die Konsequenzen der protektionistischen Handelspolitik durch US-amerikanische Administration in Form von
    a. potentiellen Handelskonflikten
    b. Verwerfung des fairen Welthandels,
E. Besorgt über die hohe Abhängigkeit der EU von den USA
    a. auf dem IT Sektor
    b. beim Export,
F. Beunruhigt über entstehende Nachteile für die europäische Wirtschaft gegenüber den USA aufgrund
    a. wettbewerbsverzerrender Subventionen
    b. eines radikalen Abbaus von Regulationen
        i. beim Klimaschutz
        ii. auf dem Finanzsektor
        iii. beim Arbeitsschutz,
G. Tief besorgt über die Leistungsdifferenzen zwischen EU und USA durch die schwindende Wettbewerbsfähigkeit der EU, bedingt durch
    a. mangelnde Attraktivität
    b. bürokratische Hürden und Überregulierung
    c. fehlende Investitionen der Staaten und der Unternehmen
    d. hohe Energiepreise,

[1] Vertrag über die Europäische Union
[2] World Trade Organisation

1. betont die Wichtigkeit von präventiven Abwehrmechanismen durch
    a. Fortsetzung der Trump-Task-Force
    b. Ausweitung der Abwehrmechanismen auf relevante autokratische Staaten;

2. verurteilt zutiefst die Untergrabung des transatlantischen Wertekompass' und betont gleichzeitig die Wichtigkeit des Ehrens und der Einhaltung dieses Wertekompass' durch die USA

3. fordert die Aufhebung der amerikanischen Blockadehaltung bei Neuernennungen in den WTO Appellate Body[3];

4. strebt ein Austauschforum an, bestehend aus Handelspartnern mit starker Interoperabilität gemäß Art.21 (2) EUV,
    a. für Verhandlungen mit dem Ziel der Etablierung von Freihandelsmechanismen
    b. zur Koordination bei Untergrabungen der Handelsordnung
    c. die Synchronisierung von Standards
    d. die Stärkung der europäischen Handelsvision;

5. bemüht um Verbesserungen der MPIA[4] in Form von
    a. erhöhter finanzieller Unterstützung
    b. der Befürwortung einer Erweiterung um weitere Handelspartner
    c. Interoperabilität mit möglichen Reformen der WTO;

6. plädiert gemeinsam mit ITRE[5] für den Abbau von Bürokratie durch die Etablierung
    a. einer Sunset-Klausel[6] für alle neuen EU-Gesetze
    b. der One-in-two-out-Regel[7]
    c. des Once-only-Prinzips[8]
    d. eines Forums der Mitgliedstaaten;

7. setzt sich bei der amerikanischen Regierung beim Thema TTC[9] ein für
    a. den Fortbestand des TTC
    b. dessen Ausweitung auf potenzielle Handelsstreitigkeiten
    c. eine bessere Adaption des TTC bei einem Wechsel der politischen Kurses;

8. unterstützt die Weiterleitung des Energiepreis-Problems an den Ausschuss ITRE;

9. unterstützt gemeinsam mit ECON Target2 durch
    a. erhöhte finanzielle Zuwendungen
    b. Prüfung auf eine Ausweitung auf Transaktionen mit Kreditinstituten außerhalb des Eurosystems;

10. fördert das Paket „Fit for 55" mit besonderem Augenmerk auf
    a. einen beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien
    b. Förderung von Energieeffizienz

---

[3] Rechtsmittelinstanz im Streitbeilegungsverfahren der WTO
[4] Mehrparteien-Interimsvereinbarung
[5] ITRE = Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
[6] Auslaufklausel
[7] Bei Einführung einer neuen Richtlinie müssen zwei andere gestrichen werden.
[8] Anträge müssen nur einmal gestellt werden.
[9] Trade and Technology Council

11. strebt im Einklang mit Art.21 (2) EUV den Ausbau von Freihandelsmechanismen zur Diversifizierung der Handelsketten an, beispielsweise durch
    a. eine Freihandelszone von Handelspartnern mit einer großen Interoperabilität zu Art.2 EUV (Fußnote: Werte der EU)
    b. Anpassung von
        i. Zöllen
        ii. Richtlinien
    c. den Ausbau der Handelsbeziehungen mit
        i. dem Großraum Afrikas
        ii. dem Großraum Asiens
        iii. Lateinamerika und dem Großraum Südamerikas
        iv. anderen interessierten Regionen

12. ruft zur Reform von Gesetzgebungen auf durch
    a. Unterstützung von Digitalisierungsprozessen in der Verwaltung
    b. Kooperation mit
        i. F4F[10]
        ii. RSB[11]
        iii. SME[12] Envoy Network

13. fordert
    a. die Erweiterung des CBAM[13] durch
        i. weitere klimaschädliche Produkte
        ii. die Prüfung weiterer Synchronisationen mit dem EU-EHS[14]
        iii. Partnerschaften
    b. den Ausbau des FSR[15] zur Reduzierung indirekter Subventionen
    c. die konsequente Durchsetzung
        i. der Anti-Dumping-Maßnahmen
        ii. des Anti-Coercion Instruments
        iii. weiterer Mechanismen TDIs

14. weitet Horizon Europe aus in Form von
    a. erhöhter finanzieller Unterstützung für
        i. Enterprise Europe Network
        ii. Unternehmen in strategischen IT-Bereichen wie
            1. Halbleiter
            2. Cloud-Technologien
            3. Cybersicherheit
    b. unmittelbarer Koordination mit dem EIC (European Innovation Council)

15. verkündet feierlich die Einrichtung des Fonds MELANIA[16], welcher alle oben genannten Punkte finanziert;

16. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.

---

[10] „Fit for Future“ – Plattform zur Vereinfachung von EU-Vorschriften
[11] RSB = Ausschuss für Regulierungskontrolle
[12] SME Small and midsized Enterprises
[13] Carbon Border Adjustment Mechanism
[14] Handel mit CO2-Zertifikaten
[15] Foreign Subsidies Regulation
[16] Multilaterale Europäische LieferkettenAnordnung Nicht-Internationaler Organisationen

Modell Europa Parlament
Berlin; 09. März - 14. März 2025

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)

Ausschussvorsitz: Jan Vedder (Baden-Württemberg), Svenja Waschbüsch (Saarland)

***Die Frage nach* dem Erhalt der Demokratien in der EU:**

Warum schwindet das Vertrauen der Bevölkerung in demokratisch legitimierte Institutionen und wie kann dieses zurückgewonnen werden?
Wie kann die EU als Vorbild für Demokratie in ihren Mitgliedsstaaten wirken?
Wie kann antidemokratischen Entwicklungen in der EU entgegengewirkt werden?
Wie können die Demokratien in der EU gesichert werden?

Das Modell Europa Parlament,

A. angesichts der durch die uneinheitlichen Wahlverfahren verursachte Ineffizienz,

B. alarmiert durch
    a. starkes Bonding Social Capital,
    b. schwaches Bridging Social Capital,
    innerhalb der europäischen Gesellschaft,

C. alarmiert von
    a. wachsenden antidemokratischen und extremistischen Bewegungen und Positionen,
    b. autoritären und antidemokratischen Tendenzen und Einstellungen in Mitgliedstaaten,
    c. stark verbreitetem Nationalismus,
    d. sinkendem Gemeinschaftsgefühl der EU-Bürger,

D. alarmiert von der Unzufriedenheit mit Institutionen der EU wegen
    a. mangelnder Transparenz,
    b. einer schwer verständlichen politischen Struktur,
    c. mangelhafter Öffentlichkeitsarbeit,
    d. der Repräsentationsschwäche demokratischer Parteien,
    e. der geringen Bekanntheit der demokratischen MdEPs,

E. alarmiert von Demokratiedefiziten innerhalb der EU,

F. tief besorgt über die Manipulation der Meinungen durch
   a. Desinformation,
   b. Propaganda,

G. beunruhigt über
   a. die fehlende Einbindung nationaler Parlamente in die europäische Gesetzgebung,
   b. die mangelnde EU-Ausrichtung der demokratischen Parteien,
   c. den zu geringen EU-Zusammenhalt,

1. empfiehlt, als allgemeinen und einzigen Wahltag der Europawahl den 9. Mai festzulegen und diesen als Feiertag auszuschreiben;

2. richtet das Gremium GEhWeG[1] ein, um
   a. einen einheitlichen Wahlzettel,
   b. eine europaweite Briefwahl,
   zu fördern und
   a. zu evaluieren, inwiefern a. und b. mit den Grundsätzen vereinbar sind,
   b. diese Information zurück an den LIBE-Ausschuss zu geben;

3. ruft den Ausschuss AIDA zur
   a. Durchsetzung des Digital-Service-Acts bei Algorithmen zur Regulation von politisch extremen Inhalten in der EU und
   b. Kontrolle der Einhaltung der EU-Gesetze von großen Medienplattformen auf;

4. fordert eine multimediale Aufklärungskampagne, um
   a. ein einheitliches Identitätsgefühl,
   b. einen interkulturellen Austausch,
   c. Bewusstsein über Desinformationen sowie Propaganda
   in der europäischen Gesellschaft zu stärken;

5. fordert Aufklärungsmaßnahmen, die sich an die Öffentlichkeit richten und darauf abzielen,
   a. das Bewusstsein für die Risiken des demokratischen Rückgangs zu schärfen,
   b. die gesellschaftliche Polarisierung zu verringern, indem falsche Vorstellungen über die politische Opposition korrigiert werden;

[1] Gremium zur Evaluation hilfreicher Wahlmaßnahmen der europäischen Gesellschaft

6. unterstützt den Ausbau einer Berichterstattung, die
    a. auf eine freie, unabhängige und pluralistische Medienlandschaft gestützt ist,
    b. zu einem leichteren Verständnis aller EU-Bürger führt;

7. empfiehlt den demokratischen Parteien,
    a. in den Wahlkreisen stärker über EU-Politik zu informieren, um Vertrauen in und Zufriedenheit mit EU-Institutionen zu schaffen,
    b. vermehrt durch Bürgerforen den Ideen- und Meinungsaustausch zwischen Bürgern und MdEPs zu fördern;

8. fordert eine Umformung der Gesetzlichkeit bezüglich des Transparenz-registers mit dem Ziel,
    a. dass alle MdEPs jeden Kontakt mit Interessenvertretern im Transparenzregister eintragen müssen,
    b. dass bei Verstößen gegen die oben genannte Regelung wirkungsvolle Strafen verhängt werden,
    c. dass das Transparenzregister sowie Sitzungsprotokolle online leichter einsehbar gemacht werden müssen;

9. ruft Kultusministerien dazu auf, Programme zur Förderung der Medienkompetenz und des kritischen Denkens in Lehrpläne zu integrieren, um die Bevölkerung gegen Manipulationen zu wappnen;

10. verkündet feierlich die Einrichtung der Expertengruppe SED[2] bestehend aus Vertretern der Räte,
    a. AIPCE,
    b. ECPMF,

    welche die Objektivität und Korrektheit von Quellen prüft und diese Beobachtungen zur Ergreifung weiterer Maßnahmen an die europäische Kommission weiterleitet;

11. erinnert an das Paket zur Verteidigung der Demokratie und den Aktionsplan für Demokratie in Europa;

12. bekräftigt bei antidemokratischem Verhalten einzelner Länder die Ausweitung angemessener wirtschaftlicher Sanktionen in Form von
    a. Streichung von Subventionen,
    b. Entzug von Rechten;

13. befürwortet, nationalen Parlamenten die Weiterleitung von Gesetzesvorschlägen an die Europäische Kommission zur möglichen Bearbeitung und Prüfung zu ermöglichen;

---

[2] Schlaue Experten der Demokratie

14. wünscht sich ein stärker EU-orientiertes Wahlprogramm der demokratischen Parteien;

15. fordert ein stärkeres Subventionieren und Werben für Projekte wie Europa für Bürgerinnen und Bürger, um
    a. die Kommunikation,
    b. das Verständnis
    zwischen den Bürgern zu stärken;

16. verkündet feierlich die Einrichtung des Fonds DEMO[3] welcher alle oben genannten Punkte finanziert;

17. fordert das Präsidium auf die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.

3 Demokratiefond für Erhalt, Mitbestimmung und Offenheit

Modell Europa Parlament
Berlin; 09. März - 14. März 2025

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL)

Ausschussvorsitz: Juliane Meier (Bremen), Richard Wolter (Mecklenburg-Vorpommern)

***Die Frage nach* der Bekämpfung des Fachkräftemangels:**

Welche Ursachen gibt es für Fachkräftemangel?
Wie lassen sich außereuropäische Fachkräfte anwerben?
Welche Aus-/Fortbildungsmöglichkeiten gibt es und wie zugänglich sind diese?
Welche Branchen sind besonders vom Fachkräftemangel betroffen?

Das Modell Europa Parlament,

A. besorgt über den Verlust der potentiellen, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Fachkräfte,

B. besorgt über gesellschaftliche Barrieren in Form von
    a. Feindseligkeit gegenüber Fachkräften aus Drittländern,
    b. fehlender Willkommenskultur,

C. in Sorge über Missverhältnisse und Diskrepanzen von Fachkräften
    a. zwischen städtischen und ländlichen Regionen,
    b. in der Anwerbung und dem Zuzug der Arbeitnehmer im europäischen Ausland,
    c. in der grundsätzlichen Verfügbarkeit im europäischen Vergleich,

D. beunruhigt über die an die aktuelle Wirtschaftslage angepasste Blue Card-Regelung,

E. beunruhigt über die für Fachkräfte zu großen bürokratischen Hürden aufgrund
    a. strenger Einwanderungssauflagen und Arbeitsmarktzulassungen für Fachkräfte aus Drittstaaten,
    b. inkompatibler Qualifikationen inner- und außerhalb der EU,

F. besorgt über die mangelnde Attraktivität des europäischen Arbeitsmarktes aufgrund von Arbeitsbedingungen,

G. besorgt über die durch die Digitalisierung entstehende Diskrepanz zwischen den Fähigkeiten der Arbeitskräfte und den Anforderungen des Arbeitsmarkts aufgrund nicht genutzter, aber ausreichend zur Verfügung stehender Weiterbildungsmöglichkeiten,

H. alarmiert durch das Wählen von Karrierewegen ohne ausreichende Informationen den Beruf und die Zukunftsperspektiven betreffend,

1. fordert die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Rat der EU zur Gründung einer europäischen Agentur für Fachkräfte GAMMEL[1] auf;

2. gründet das Expertengremium SKLAVE[2] aus Regierungsvertretern der Mitgliedstaaten und Vertretern von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden zur
    a. an die Wirtschaftslage angepassten, Neudefinition der in der Blue Card festgelegten Engpassberufe sowie
    b. zur dauerhaften Beratung von GAMMEL bei erneut notwendigen Anpassungen;

3. befürwortet die Zusammenarbeit zwischen
    a. Unternehmen mit Integrationsbestrebungen,
    b. gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten,
    c. örtlichen Administrationen

    durch Förderung von regionalen Vernetzungskonferenzen durch ESF Plus[3] zur schnellen Integration und langfristigen Bindung von Fachkräften;

4. fordert GAMMEL zur Analyse und Unterstützung bei der Entlastung potentieller, nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehender Fachkräfte aufgrund fehlender
    a. Kinderbetreuung,
    b. Pflegeeinrichtungen,
    c. Inklusion in Unternehmen

    durch den ESF Plus auf;

5. leitet die Frage nach dem Ausbau des ländlichen Raums an den Ausschuss REGI weiter;

6. beschließt die Absenkung des Mindestgehalts der Blue Card auf 37,3 % der Beitragsermessungsgrenze der allgemeinen Rentenversicherung;

7. empfiehlt den Mitgliedstaaten bei Festanstellungen ausländischer Fachkräfte im ersten Jahr einen Steuerfreibetrag in Höhe der

---

[1] **G**arantiert **A**rbeitslose **M**ietnomaden **M**alträtieren **E**loquent **L**eistungstragende Millionäre

[2] **S**achverständigungskomittee für die **Kl**assifikation von **A**rbeits- und **Ve**rsorgungsengpässen

[3] **E**uropäischer **S**ozial**f**onds Plus (bereits bestehend)

Beitragsbemessungsgrenze der allgemeinen Rentenversicherung zu gewähren;

8. leitet die Fragestellung zur Integration von ausländischen Fachkräften an den Ausschuss LIBE weiter;

9. gründet die Rekrutierungskonferenz als Plattform für Unternehmen und Arbeitnehmervertreter zur Beratung erfolgreicher Attraktivitätssteigerungsmaßnahmen;

10. begründet die durch GAMMEL organisierte jährliche Qualifikationskonferenz KGB[4] für den Dialog der EU mit ihren Partnern bezüglich der Ausweitung des EQR[5] als internationalen Vergleichsrahmen;

11. befürwortet ein Belohnungssystem für Mitarbeiter in von dem Expertengremium SKLAVE definierten Engpassberufen in Form von
    a. finanziellen Zuschüssen,
    b. zusätzlichen Urlaubstagen,
    c. Beförderungschancen;

12. drängt auf eine Reform des Talent-Pools als digitale Matching-Plattform zwischen Fachkräften aus Dritt- und EU-Ländern, Arbeitgebern und Behörden durch GAMMEL zur
    a. Vermittlung vorher genannten Beteiligten,
    b. automatisierter Übermittlung und digitalen Prüfung nötiger Qualifikationen,
    c. digitalen Unterzeichnung der Arbeitsverträge,
    d. digitalen Beantragung für das Profil und den Arbeitsvertrag notwendige Aufenthaltstitel aus Drittländern;

13. fordert die Agentur GAMMEL zur
    a. Förderung von Forschungsinstituten bei der Konzeptualisierung neuer pädagogisch wertvoller und effektiver Weiterbildungen,
    b. Konzeptualisierung eines Bewertungsschemas gewinnbringender Weiterbildungen und die Katalogisierung dieser,

    auf;

14. leitet die Empfehlung nach Ausarbeitung einer
    a. Zusammenarbeit zwischen den nationalen Berufsinformationszentren und GAMMEL für ein intraeuropäisches Berufsinformationsmodell

[4] **K**ristlich **G**eteilte **B**ildungsabschlüsse
[5] **E**uropäischer **Q**ualifikations**R**ahmen

b. EU weiten Berufsinformationskampagne in Bildungsinstitutionen zur Stärkung des Bewusstseins über Zukunftsperspektiven am europäischen Berufsmarkt an den Ausschuss CULT weiter;

15. fördert die Umsetzung multimedialer Aufklärungskampagnen zur
    a. Reduzierung/Beseitigung von Vorurteilen und der Verbesserung der Willkommenskultur,
    b. Vermeidung von Fehlentscheidungen in der Berufswahl aufgrund unzureichender Informationen zu den Zukunftsperspektiven durch GAMMEL;

16. verkündet feierlich die Einrichtung des Fonds GELDA[6], welcher alle oben genannten Punkte finanziert;

17. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.

[6] **G**änzliche **E**rhaltung der **L**ebensfähigkeit **D**er **A**rbeiter

Modell Europa Parlament
Berlin; 09. März - 14. März 2025

Ausschuss für Landwirtschaft (AGRI)

Ausschussvorsitz: Kilian Hartwig (Brandenburg), Sören Tismer (Sachsen-Anhalt)

***Die Frage nach* einer zukunftsfähigen, klimafreundlichen Landwirtschaft innerhalb der EU:**

Wie kann die EU sicherstellen, dass Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen im Agrarsektor von den Landwirtinnen und Landwirten stärker akzeptiert und umgesetzt werden? Welche Maßnahmen muss die EU ergreifen, um eine zukunftsfähige Landwirtschaft zu sichern? Wie kann die EU trotz der Transformation im Agrarsektor weiterhin die Produktqualität gewährleisten?

Das Modell Europa Parlament,

A. besorgt über die Importabhängigkeit von Drittstaaten in Bezug auf
    a. die Wettbewerbsfähigkeit der EU,
    b. die zu hohen Emissionen im Bezug auf,
        i. Transport,
        ii. Produktion,

B. tief besorgt über die Schädigung von Ökosystemen in Form von
    a. Verlust der Biodiversität,
    b. zunehmender Bodendegradation,
    c. hohem Gebrauch von Pestiziden und Düngemitteln,

C. angesichts der mangelnden Forschung in den Bereichen
    a. Umweltfreundlichkeit,
    b. Klimaresilienz,

D. beunruhigt von dem Personalrückgang durch fehlende Attraktivität für Berufe im Agrarsektor,

E. im Bewusstsein der
    a. Abhängigkeit von Subventionen,
    b. ungerechten Verteilung von Fördermitteln,
    c. fehlenden Anreize zur Nachhaltigkeit,
    d. fehlenden ökonomischen Perspektive,

    unter Landwirten,

F. besorgt über den global steigenden Bedarf an tierischen Produkten angesichts
    a. der Kalorien- und damit Energieverluste durch Umwandlung von pflanzlicher Nahrung,
    b. des Emissionsausstoßes,
bei der Produktion tierischer Produkte,

G. alarmiert von der Ineffizienz in der Umsetzung von Klimazielen durch
    a. bürokratische Hürden,
    b. unzureichende Kommunikation
        i. unter Landwirten,
        ii. zwischen Landwirten und der EU,
    c. fehlendes Klimabewusstsein und fehlendes Wissen von Landwirten über effiziente Ressourcennutzung in der ökologischen Landwirtschaft,

H. besorgt über den niedrigen Gewinn für die Landwirtschaft durch gedrückte Preise,

1. beschließt zum Ausbau der Unabhängigkeit
    a. Investitionen zur Förderung von regionalen Schlüsselgütern,
    b. eine Kooperation mit INTA zur Diversifizierung der EU-Handelspartner durch eine CO_2-Grenzausgleichsabgabe in Form von Zöllen auf Importprodukte mit niedrigeren Umweltstandards;

2. fordert in Zusammenarbeit mit JURI die Einführung regionaler Richtlinien zur
    a. Vermeidung von Monokulturen,
    b. Verpflichtung einer Mindestfläche an Blühstreifen;

3. fördert Landwirte mit einer Erhöhung und Wiederaufnahme der von EGFL[1] und ELER[2] gestellten Greening-Prämie zur Förderung von, aber nicht limitiert auf,
    a. Agroforstwirtschaft,
    b. Präzisionslandwirtschaft,
    c. Kreislaufwirtschaft,
    d. umweltfreundlichen Düngern;

4. unterstützt Projekte wie
    a. EU-LIFE[3],
    b. EAP[4],

[1] **E**uropäische **G**arantiefonds **f**ür die **L**andwirtschaft
[2] **E**uropäischer **L**andwirtschaftsfonds für die **E**ntwicklung des ländlichen **R**aums
[3] **L**'**I**nstrument **F**inancier pour l'**E**nvironnement = Finanzierungsinstrument für die Umwelt
[4] **E**nergizing **A**griculture **P**rogramme

c. Natura 2000,
d. climed fruits,
e. slow food europe,
f. wwf[5] europe,
g. farm-to-fork-strategy,

zum stärkeren Schutz von Biodiversität und Ökosystemen;

5. befürwortet die Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen und der Industrie
    a. zur Umsetzung von Forschungsergebnissen,
    b. zum Aufbau von Innovationsclustern für nachhaltige Technologie,
    c. zur Forschung und Entwicklung an Möglichkeiten eines verringerten Methanausstoßes;

6. autorisiert ein Expertengremium SÖREN[6] zur
    a. Subventionierung von Landwirten in den Bereichen
        i. Ökologie,
        ii. Klimaneutralität,
    b. ständigen Weiterentwicklung des eben genannten Konzeptes durch festgelegte Ziele,
    c. regelmäßigen Überwachung der Einhaltung von EU-Richtlinien gemeinsam mit der EU-Kommission,
    d. gemeinsamen Weiterentwicklung der GAP[7] mit DG-AGRI[8] im Bereich
        i. der fairen Verteilung von Geldern,
        ii. der Allokation von Subventionen für Fleischprodukte,
        iii. der Förderung von Arbeitsbedingungen und sozialer Verantwortung,
        iv. der Verschärfung der ökologischen Richtlinien zur Flächenprämierung,
        v. Umverteilung von gesellschaftlichen Leistungen,
    e. Entwicklung eines Konzeptes für die neue GAP 2028, welches
        i. die Richtlinien für ökologische Flächennutzung verschärft,
        ii. stärker die gesellschaftlichen Leistungen subventioniert;

7. empfiehlt eine multimediale Aufklärungskampagne für die Themenbereiche wie
    a. CO_2-Emissionen unterschiedlicher Lebensmittel,
    b. Vorteile regionaler Produkte,
    c. Sensibilisierung der Bevölkerung bezüglich eines nachhaltigen Fleischkonsums,
    d. Weiterbildung von Landwirten um den Informationsmangel über den Klimawandel und dessen Folgen zu reduzieren,
    e. umweltfreundliche Schädlingsbekämpfung;

---

[5] **W**orld **W**ide **F**und For Nature
[6] **S**ubventioniert **Ö**kologische **R**essourcen **E**inschließlich **N**ährstoffschlamm
[7] **G**emeinsame **A**grar**p**olitik
[8] **D**irectorate-**G**eneral for **Agri**culture and Rural Development

8. befürwortet ein Projekt in schulischen Einrichtungen zur
    a. frühzeitigen Begeisterung junger Menschen für die Umwelt,
    b. Einrichtung von Austauschprogrammen für Praktika und Auslandserfahrungen für die Landwirte;

9. fordert die Einführung von Schockbildern auf überwiegend tierischen Produkten;

10. fordert Förderung pflanzlicher Produkte durch
    a. stärkere Subventionen,
    b. Anerkennung als Grundnahrungsmittel;

11. fordert die Einführung der Sunset-Klausel in der neuen GAP 2028 mit einer ausgebauten Better Regulation Agenda;

12. beschließt die Förderung von langfristigen Verträgen zwischen Landwirten und Händlern zur Deckelung der Produktionskosten;

13. verkündet feierlich die Einrichtung des Fonds KILIAN[9], welcher alle oben genannten Punkte finanziert;

14. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.

[9] **K**limaneutrales **I**nternationales **L**andwirtschaftliches **I**nnovatives **A**nspruchsvolles **N**ikotin

Modell Europa Parlament
Berlin; 09. März - 14. März 2025

Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM)

Ausschussvorsitz: Diotima Lohmann (Nordrhein-Westfalen), Jonathan Werle (Rheinland-Pfalz)

***Die Frage nach* dem Schutz von Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt:**

Welche Rolle kann bildungspolitische Arbeit in der Prävention einnehmen?
Wie kann ein einheitlicher und zielführender Umgang der EU mit den Tätern aussehen?
Wie begünstigen traditionelle, strukturell verankerte Stereotypen geschlechtsspezifische Gewalt?

Das Modell Europa Parlament,

A. tief besorgt über die Zunahme geschlechtsspezifischer Gewalt in Form von
    a. physischer,
    b. psychischer,
    c. sexualisierter,
    d. sozialer,
    e. ökonomischer,
    f. digitaler

Gewalt in den EU-Mitgliedsstaaten,

B. die ungenügende
    a. Umsetzung,
    b. Kontrolle der Umsetzung

der Istanbul-Konvention beklagend,

C. besorgt über den Mangel an Aufklärung hinsichtlich
    a. unzureichender Berichterstattung in den Medien,
    b. fehlenden Kampagnen

bezüglich der Gewaltprävention,

D. die fehlende Täterarbeit beklagend,

E. besorgt über sehr hohe Dunkelziffern der Gewaltfälle aufgrund von
    a. unzureichender Datenerhebung,
    b. Tabuisierung und die dadurch entstehende Scham,
    c. unterschiedliche Definitionen von geschlechtsspezifischer Gewalt in den verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten,

F. alarmiert vom
    a. Mangel an Sicherheit,
    b. Zwang zur Eigenfinanzierung,
    c. Fehlen staatlicher Finanzierungen,
    d. Mangel an Kapazitäten
    in Opferschutzunterkünften,

G. beunruhigt über mangelnde Hilfestellung und Unterstützung insbesondere für betroffene Minderheiten,

H. alarmiert von
    a. sozialer Stigmatisierung,
    b. Schuldumkehr
    der von Gewalt betroffenen Frauen,

1. fordert die Durchsetzung einer gleichen Bezahlung bei gleicher Tätigkeit im Beruf;

2. subventioniert
    a. Präventivmaßnahmen,
    b. akute Hilfsmaßnahmen zur Reintegration von Frauen in den Arbeitsmarkt
    zur Reduzierung ökonomischer Gewalt;

3. initiiert eine multimediale Aufklärungskampagne
    a. zu jeglichen Formen
    b. zur Prävention
    c. zu Gefahren
    d. zu Hilfsmöglichkeiten
    von geschlechtsspezifischer Gewalt

4. beschließt eine erhöhte Finanzierung und Ausweitung von WAVE[1] auf weitere Projekte in allen EU-Mitgliedstaaten;

5. initiiert eine Zusammenarbeit mit IMCO in Hinblick auf digitale Gewalt gegen Frauen;

6. beauftragt Horizon Europe die Forschung zu Indikatoren von geschlechtsspezifischer Gewalt auszubauen;

7. fordert den Ausbau von Strukturen zur Täterarbeit in allen EU-Mitgliedstaaten;

[1] WAVE: Women Against Violence Europe

8. beschließt die Wiederbelebung des EU-Projekts ENTO[2] in allen Mitgliedstaaten der EU;

9. subventioniert Opferschutzeinrichtungen, um
    a. Sicherheitsstandards zu erhöhen,
    b. Aufnahmekapazitäten zu erhöhen,
    c. anfallende Gebühren für betroffene Frauen zu übernehmen;

10. fordert einen einheitlichen Strafbestand der Vergewaltigung in allen Mitgliedsstaaten der EU nach der "ja-heißt-ja" Regelung[3] und die Verankerung dieser in der Istanbul-Konvention;

11. gründet das Gremium SCHUTZ zur Ausarbeitung von
    a. Notwarnsystemen im öffentlichen Raum,
    b. spezialisierten Notwarnsystemen zwischen Tätern und Opfern;

12. befürwortet das Einführen einer EU-weiten Datenbank unter Einbeziehung von Europol für eine grenzübergreifenden Koordination zur
    a. Früherkennung von Trends,
    b. Erfassung von Fällen geschlechtsspezifischer Gewalt;

13. fordert die
    a. Ratifizierung,
    b. konsequentere Umsetzung
    der Istanbul Konvention in allen EU-Mitgliedstaaten;

14. fördert verpflichtende, wiederholende Weiterbildungen in betroffenen Berufsgruppen zu
    a. geschlechtsspezifischer Gewalt und deren Folgen,
    b. bestehenden Hilfesystemen, insbesondere in Justiz und Gesundheitsversorgung,
    c. Handlungsoptionen in Krisensituationen;

15. leitet die Frage hinsichtlich der Aufklärung in Bildungseinrichtungen über soziale Stigmatisierung und Schuldumkehr bei von Gewalt betroffenen Frauen an den Ausschuss CULT weiter;

16. verkündet feierlich die Einrichtung des Fonds FEMM, welcher alle oben genannten Punkte finanziert;

17. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.

[2] ENTO: ausgelaufenes europäisches Netzwerk
[3] „Ja-heißt-ja" Regelung = Eine sexuelle Handlung ist nur dann einvernehmlich, wenn eine klare Zustimmung aller Seiten besteht

Verbund der Ausschüsse für Industrie, Forschung und Energie sowie Verteidigung und Sicherheit (ITRE/SEDE)

Ausschussvorsitz: Lovis Rosenow (Sachsen), Sebastian Liess (Bayern)

***Die Frage nach* dem Ausbau europäischer Rüstungs- und Verteidigungsfähigkeit:**

Wo liegen die größten Probleme in der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten? Welche Lösungen könnten Redundanzen vermeiden, Kosten senken und die Effizienz steigern? Welche Rahmenwerke bestehen für gemeinsame Rüstungs- und Verteidigungsinvestitionen? Welche Möglichkeiten für deren Ausbau gibt es?

Das Modell Europa Parlament,

A. tief besorgt über die
    a. mangelnde
        i. Verteidigungsfähigkeit,
        ii. Durchhaltefähigkeit,
        iii. Abschreckung,
    b. unzureichende Kommunikation der Mitgliedstaaten,

B. beängstigt über die fehlende Einheitlichkeit
    a. der Strategie,
    b. der Aufklärungs- und Kommunikationskompetenzen,
    c. der gemeinsamen internationalen Beschaffung,
    d. der Rüstungsstandards,
    e. des Ausstattungsstands der Armeen innerhalb der EU,
    f. der Waffensysteme,

C. in Anbetracht der durch mangelhafte Kommunikation und Zusammenarbeit der EU Mitgliedsstaaten entstehende Probleme wie
    a. parallele und unkontrollierte Entwicklung im militärischen Bereich,
    b. der Mangel an Nah- und Nächstflugabwehrsystemen,
    c. das nichtvorhandensein nennenswerter Drohnenvorräte als Offensivwaffen und Aufklärungsinstrumente,
    d. der Mangel an Cybersicherheits- und hybrider Kriegsführungskompetenzen,

D. besorgt über die bürokratische Komplexität der Abläufe in der Produktion von Rüstungsgütern,

E. beunruhigt über die eingeschränktheit der Handlungsfähigkeit in der GSVP[1] aufgrund bürokratischer Regelungen wie
    a. Hindernisse in der Kreditvergabe,
    b. komplizierte Exportregelungen,

F. beunruhigt durch die hohe Abhängigkeit von Drittstaaten durch
    a. die hohe Quote an Rüstungsimporten aus dem Ausland
    b. fehlende Kapazitäten
        i. zur Durchführung militärischer Operationen,
        ii. im Bereich der militärischen Aufklärung,

G. tief besorgt über die mangelhafte Infrastruktur für die militärische Logistik in der EU,

H. beunruhigt über
    a. unterschiedlich ausgeprägte
    b. inkompatible
    Ausbildungsinhalte im Verteidigungssektor der verschiedenen Mitgliedsstaaten,

1. empfiehlt die Entwicklung eines autonomen und nuklearen Abschreckungsschirms der Mitgliedsstaaten der EU;

2. fordert den Ausbau des finanziellen Rahmens von EDIRPA[2] sowie die Verlängerung des Programms;

3. beschließt den Ausbau des EUMS[3] hinsichtlich der Lagebewertung und strategischen Planung;

4. empfiehlt die Implementierung einheitlicher Bildungspläne, insbesondere durch
    a. gemeinsame Fortbildungen,
    b. einheitliche Ressourcenversorgung der Ausbildungsstätten,
    c. die Instandsetzung rückständiger Ausbildungsstätten;

5. empfiehlt die Vereinheitlichung der Bedienungssysteme für bereits standardisierte und zukünftig entwickelte Waffen;

---

[1] **G**emeinsame **S**icherheits- und **V**erteidigungs**p**olitik
[2] **E**uropean **D**efence **I**ndustry **R**einforcement through Common **P**rocurement **A**ct
[3] **Eu**ropean **M**ilitary **S**taff

6. hält Verbesserung der militärischen Logistik durch
    a. den Neu und Ausbau europäischer Infrastruktur,
    b. die Förderung eines European Mobility Programmes

    für notwendig;

7. befürwortet die
    a. Subventionierung europäischer Rüstungsfirmen,
    b. breite Aufstellung der Rüstungsfirmen in Bezug auf die
        i. Unabhängigkeit der Ressourcenbeschaffung,
        ii. Forschung und Entwicklung;

8. begrüßt die
    a. Abschaffung überlappender Regularien,
    b. Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren,
    c. Reform der Kreditvergabe,
    d. Vereinheitlichung nationaler Vorschriften,
    e. Vereinheitlichung von Exportrichtlinien,

    zur Beschleunigung von Kooperation;

9. fördert die gemeinschaftliche Entwicklung sowie Beschaffung von Rüstungsgütern wie
    a. Nah- und Nächstbereichsabwehrsysteme,
    b. standardisierten Drohnen;

10. befürwortet Satellitenprogramme der Mitgliedstaaten und bittet um
    a. die Ermöglichung der Teilnahme von nicht EU-Staaten Europas,
    b. den schnelleren Ausbau der genannten Programme,
    c. die Bereitstellung der gewonnenen Daten an die EUMS zur Durchführung von Echtzeitanalysen;

11. begrüßt die Entwicklung eines EU-weiten und transparenten Kommunikationssystems, welches alle Informationen
    a. sammelt,
    b. analysiert,
    c. in Echtzeit jedem EU-Mitglied kompatibel zur Verfügung stellt;

12. beschließt die Gründung eines temporären und zentralen Notfallprojekts, welches
    a. sich auf die AEUV[4] Artikel
        i. 114
        ii. 122,
        iii. 194,
        iv. 222,

[4] Vetrag über die Arbeitsweise der europäischen Union

v. 346,

beruft

b. gezielt in
   i. die Rüstungsindustrie,
   ii. Entbürokratisierung,
   iii. technologische Projekte,
   iv. die Logistik,

   investiert
c. eine dauerhafte Fusionierung der Fonds wie der EDF[5] Security Fond beschließt;

13. empfiehlt
   a. die Initiierung und den Ausbau technologischer Projekte,
   b. eine Vergütung von Unternehmen mit europäischen Partnern die in Modernisierung und Technologie von Rüstungsgütern entwickeln
   c. eine gezielte Förderung der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Rüstungsindustrie

   innerhalb der EU;

14. initiiert eine multimediale Aufklärungskampagne, um über die Notwendigkeit die Verteidigungsfähigkeit sowie die europäische Rüstungsindustrie zu stärken, aufzuklären;

15. gründet das Gremium HAPKE[6], das sämtliche Bedrohungen zusammenführt und analysiert, um auf Grundlage dessen Handlungsoptionen für die Mitgliedsstaaten zu erarbeiten;

16. subventioniert die Entwicklung und Erforschung von Hard- und Softwaresystemen für Cybersicherheit innerhalb europäischer Verteidigungsunternehmen zum Schutz von Verteidigungsgütern;

17. verkündet feierlich die Einrichtung des Fonds BASTIAN[7], welcher alle oben genannten Punkte finanziert;

18. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.

---

[5] **E**uropean **D**efence **F**und
[6] **H**alt **A**lles **P**rinzipiell **K**aufen oder **E**innehmen
[7] **B**luthunde im **A**usschuss **S**EDE **T**reiben **I**ntereuropäische **A**usrüstung **N**ach vorn

Modell Europa Parlament
Berlin; 09. März - 14. März 2025

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL)

Ausschussvorsitz: Sofia Sergan (Thüringen), Salma Abida (Berlin)

***Die Frage nach* der gezielten Förderung sozial benachteiligter Jugendlicher:**

Welche Herausforderungen und Barrieren bestehen für sozial benachteiligte Jugendliche bei der Teilhabe an EU-Projekten und Programmen?
In welchen Regionen oder sozialen Gruppen ist der Bedarf an Förderung am größten?
Welche EU-Programme zur Jugendpartizipation sollten angepasst oder erweitert werden?
Wie kann man die Kluft zwischen sozialen Schichten umgehen, um eine positive Zusammenarbeit zu ermöglichen?

Das Modell Europa Parlament,

A. alarmiert durch die gesellschaftliche Isolation von Jugendlichen durch Sprachbarrieren sowie soziale Ausgrenzung,

B. alarmiert durch die hohe Anzahl an Ausbildungs- und Schulabbrüchen von sozial benachteiligten Jugendlichen,

C. besorgt über die steigende Jugendarbeitslosigkeit in der EU durch
    a. den unzureichenden Zugang zu Ausbildungsmöglichkeiten,
    b. strukturelle Defizite in wirtschaftlich benachteiligten Regionen,

D. beunruhigt über die mangelnde Aufklärung von sozial benachteiligten Jugendlichen über die Funktionen der EU und politische Rechte,

E. beunruhigt über die geringe Partizipation sozial benachteiligter Jugendlicher an demokratischen Prozessen aufgrund fehlender Anreize zur politischen Mitwirkung eines Misstrauens gegenüber politischen Institutionen,

F. besorgt über die defizitäre Einbeziehung von sozial benachteiligten Jugendlichen in die EU- Politik aufgrund von
    a. unzureichender Repräsentation,

b. Ungleichheit der Teilhabechancen an EU-Programmen,
c. Bildung,
d. Perspektivlosigkeit,

G. alarmiert durch die erschwerte Inklusion sozial benachteiligter Jugendlicher aufgrund bürokratischer Hürden und den fehlenden Zugang zu digitaler Ausstattung,

H. beunruhigt über mangelnde Partizipation sozial benachteiligter Jugendlicher im Kulturbereich,

1. fördert das ESF[1] Plus-Programm zur Unterstützung von Jugendlichen geführten Projekten innerhalb der EU mit Konzentration auf soziale Inklusion und Sprach- sowie Kulturkurse;

2. fordert ein BMS[2], um Jugendarbeitslosigkeit und die hohe Quote an Ausbildungs- und Schulabbrüchen zu senken;

3. drängt auf die Unterstützung von Initiativen, um den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt zu erleichtern;

4. fordert eine Verknüpfung des Youthpasses mit anderen europaweiten Zertifikatsystemen;

5. initiiert eine multimediale Aufklärungskampagne über politische Rechte und die Funktionsweise der EU für sozial benachteiligter Jugendliche;

6. plädiert zu einem Ausbau von Erasmus+ durch die Erweiterung der Unterstützungsmaßnahmen für Auszubildende;

7. regt den Ausbau von Beteiligungsformaten wie
   a. Jugendräte auf nationaler Ebene,
   b. digitale Mitbestimmungsplattformen an;

8. richtet direkte Begegnungen zwischen Jugendlichen und in der EU-Entscheidungsträgern ein durch
   a. den Ausbau,
   b. die Vereinfachung,
   c. die Weiterführung nach 2027,

   des EU Jugenddialogs;

9. fordert eine Kompetenzerweiterung und -stärkung von EU-Jugendkoordinatoren;

10. subventioniert öffentliche und barrierefreie Beratungsstellen in Bezug auf sozial benachteiligte Jugendliche;

---

[1] **E**uropäische **S**ozial**f**onds
[2] **B**ildungs**m**arkt**s**ervive

11. leitet die Problematik der unzureichenden digitalen Ausstattungen für sozial benachteiligte Jugendliche an den Ausschuss CULT in Zusammenarbeit mit DEVE weiter;

12. gründet das Expertengremium SUS[3] mit dem Auftrag bürokratische Hürden von Antragsverfahren abzubauen;

13. fordert den verbesserten Zugang von sozial benachteiligten Jugendlichen zu kulturellen Angeboten durch
    a. den gezielten Ausbau integrativer Kulturprojekte,
    b. Einrichtung barrierefreier Jugendkulturzentren die verstärkte Förderung von Bildungsprogrammen sowie,
    c. die Sicherstellung ihrer Effektivität;

14. leitet vorangegangenen OC an den Ausschuss CULT weiter;

15. ruft das ESK[4], ESF und Erasmus+ zu einer stärkeren Kooperation auf;

16. führt ein Monitoring-Programm zur Überprüfung der Wirksamkeit der genannten Maßnahmen zur Unterstützung der Partizipation sozial benachteiligter Jugendlicher ein;

17. verkündet feierlich die Einrichtung des Fonds SLAJ[5] welcher alle oben genannten Punkte finanziert;

18. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.

[3] **S**ofia **U**nd **S**alma
[4] **E**uropäischen **S**olidaritäts **K**orps
[5] **S**oziale **L**eistung **A**n **J**ugend